

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

05.01.2019

Beschluss: Besseres Vorgehen gegen Mobbing an Schulen

Die FDP Baden-Württemberg möchte allen Schülern den chancengleichen Zugang zu guter Bildung ermöglichen. Eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit und der Vermittlung hochwertiger Lehrinhalte ist ein respektvolles und rücksichtsvolles Klima an Schulen. Denn alle Schüler und Lehrer haben das Recht darauf, sich in der Schule sicher und wohl zu fühlen, um so auch ihr Potenzial gut ausschöpfen zu können.

Die FDP Baden-Württemberg sieht, dass dies jedoch nicht immer der Fall ist. Um gegen Mobbing oder dessen genauso inakzeptablen Vorstufen wirkungsvoll vorzugehen, braucht es an Schulen eine größere Sensibilität für das Thema sowie professionellere Konzepte. Um diesem Ziel näher zu kommen fordert die FDP Baden-Württemberg:

1.) Bei der Lehrerausbildung muss deutlich mehr Zeit sozialpädagogischen Themen gewidmet werden. Dies ist für die Vermittlung und Gestaltung des SKT/ Sozialkundeunterrichts und für den schulischen Erziehungsauftrag insgesamt wichtig und nötig. Auch sollte eine verstärkte Weiterbildung von bereits im Dienst stehenden Lehrern stattfinden.

2.) Es muss an jeder Schule das Angebot einer Schulsozialarbeit geben. Darum fordert die FDP Baden-Württemberg die öffentlichen Träger von Schulen ohne Schulsozialarbeit dazu auf, hierfür die entsprechenden Förderanträge beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg einzureichen. Es sollte dabei mindestens eine feste Schulsozialarbeitsstelle pro Schule geben. Des Weiteren muss das baden-württembergische Schulgesetz dahingehend geändert werden, dass Schulsozialarbeiter an Schul- und Lehrerkonferenzen beratend teilnehmen dürfen.

Außerdem sollte die Landesregierung ein Förderprogramm für die Durchführung des Olweus-Mobbing-Präventionsprogramms an allen Schulen auflegen.

3.) Es muss im Bildungssystem stärker berücksichtigt werden, dass eine Klasse ein Sozialverband ist und die Ausbildung von sozialen Kompetenzen einen hohen Stellenwert für das spätere (Berufs-)Leben hat. Um Mobbing und dessen Vorstufen präventiv vorzubeugen, ist es wichtig, dass zwischen Schülern ein Zusammenhaltsgefühl gefördert wird. Aus liberaler Sicht bedeutet das nicht, sich als Schüler als Teil einer homogenen Klassengemeinschaft identifizieren und

unterordnen zu müssen. Der Zusammenhalt soll sich in einer Klasse im Gegenteil darauf gründen, sich gegenseitig in seinen Unterschieden zu respektieren, aufeinander Rücksicht zu nehmen und sich gegenseitig zu einem Mindestmaß vertrauen zu können.

Um gruppenbildenden Maßnahmen für dieses Ziel im Schulunterricht eine wichtigere Bedeutung zukommen zu lassen, macht die FDP Baden-Württemberg folgende Vorschläge:

- Um die Situation in einer Klasse besser reflektieren zu können, sollte darüber nachgedacht werden, einen dieser Ausflüge mit einem externen Pädagogen zu machen, der mit einem frischem Blick Probleme in einer Klasse besser ausmachen und Lösungsvorschläge machen kann
- Als ein Forum, Konflikte offen und konstruktiv ansprechen und lösen zu können, sollte es eine wöchentliche Klassenlehrerstunde durchgängig in allen Klassenstufen geben.
- Die Vermittlung von sozialen Kompetenzen soll auch im Religions- und Ethikunterricht durch alle Klassenstufen begleitend stärker eine Rolle spielen
- Die Größe von Klassen sollte reduziert werden, um Schüler besser individuell in fachlichen wie sozialen Aspekten besser fördern zu können.
- Es sollte mehr klassenübergreifende Unterrichtsstunden und klassenübergreifende Projekte geben. Dies würde es Schülern erleichtern, auch außerhalb der Klasse soziale Kontakte zu knüpfen, wenn sie womöglich keinen so guten Anschluss in der normalen Klasse finden. Durch eine stärkere Durchmischung würde es Schülern bei Mobbing auch erleichtert werden, die Klasse zu wechseln. Auch würde die Gefahr, dass sich sehr feste und ausgrenzende Gruppenstrukturen in einer Klasse bilden, ein Stück weit durch diese Auflockerung gemindert werden.

Die FDP Baden-Württemberg hält es bei der flächendeckenden Einführung solcher Dinge für sinnvoll, ihren Nutzen zuerst durch Pilotprojekte an einzelnen Schulen evaluieren zu lassen.

4.) Wenn ein Schüler einem Lehrer oder einer Schulsozialarbeit berichtet, dass er sich gemobbt oder sonst unwohl fühlt, sollte in Anlehnung an die Handhabung in Norwegen die Schulleitung zusammen mit der Schulsozialarbeit und den involvierten Lehrern innerhalb einer Woche einen Aktivitätsplan erstellen.

In diesem Aktivitätsplan würde festgehalten...

- ... was für ein Problem vorliegt
- ... welche Maßnahmen die Schule ergreifen will, um es zu lösen

- ... in welchem Zeitraum dies geschehen soll
- ... wer für die Umsetzung verantwortlich ist
- ... wann die ergriffenen Maßnahmen evaluiert werden sollen

Die verpflichtende Erstellung so eines Aktivitätsplanes hat den Vorteil, dass er für die nötige Abstimmung innerhalb eines Lehrerkollegiums sowie zwischen Lehrern und Schulsozialarbeitern beim Vorgehen bei einem Mobbingfall sorgt.

5.) Darüber hinaus sollten am Schuljahresanfang Schüler und Eltern übersichtlich und transparent darüber informiert werden, an welche Stellen man sich in welcher Reihenfolge bei Mobbing zuerst in und später gegebenenfalls außerhalb der Schule wenden kann.

Hierbei sollte man einen Weg aufzeigen, der von den untersten und nächsten Ansprechpartnern hin zu den jeweils höheren Stellen führt. Die Anlaufstellen sollten in ihrer Reihenfolge dann aufeinander abgestimmt werden.

Das sichergestellte Vorhandensein eines solchen Leitfadens an jeder Schule würde Schülern wie Eltern bei Mobbing helfen, den richtigen Ansprechpartner in der jeweiligen Situation zu finden.

6.) Die FDP Baden-Württemberg fordert die Schaffung einer Meldepflicht von Mobbingfällen an die Schulverwaltungen, um ein zuverlässiges Bild darüber zu bekommen, wie häufig es zu Mobbingvorfällen welcher Art kommt.